



Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 | 38100 Braunschweig

BÜRGERBÜRO DR. PANTAZIS MdL

Volksfreundhaus
Schloßstraße 8
38100 Braunschweig

Fon: +49 531 – 480 98 27

Fax: +49 531 – 480 98 26

info@christos-pantazis.de

www.christos-pantazis.de

11. September 2015

Dr. Christos Pantazis MdL:

Zu TOP 5

10.09.2015

Handeln statt Reden – 10-Punkte-Sofortprogramm für eine tragfähige Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Anzahl der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Terror aus ihrer Heimat flüchten, ist weltweit auf über 60 Millionen angestiegen. Ungelöste Konflikte wie der Bürgerkrieg in Syrien haben diese weiter nach oben schnellen lassen.

Und Deutschland ist dabei das Land mit den meisten Asylanträgen. Waren es 2014 noch rund 200.000, so soll diese Zahl - laut Prognosen der Bundesregierung - dieses Jahr auf 800.000 Anträge ansteigen, was für Niedersachsen einen Zuwachs auf circa 80.000 Personen darstellt.

Diese Entwicklung macht eines klar: Der Umgang mit Flüchtlingen wird uns viele Jahre beschäftigen und auch herausfordern.

Sicherlich stellt die aktuelle Entwicklung eine Herausforderung für unser Land dar, aber ich bin der festen Überzeugung, dass es diesen nationalen Kraftakt schaffen kann. Es ist nicht nur unsere humanitäre Pflicht Flüchtlinge menschenwürdig aufzunehmen, sondern diese Herausforderung auch als gesamtstaatliche Aufgabe zu begreifen, die unser Land fordert, aber nicht überfordert!

Die Menschen in unserem Land wissen das. Auch als Mitglied einer Hilfsorganisation kann ich bestätigen, dass viele sich ehrenamtlich dafür einsetzen, dass uns diese Herkulesaufgabe gelingt – sei es durch Spenden, Sprachvermittlung oder durch Begegnung und Anteilnahme.

Sie sind es, die Menschen, die zum Teil alles verloren haben, wieder Hoffnung geben! Für mich sind diese vielen Ehrenamtlichen gerade in diesen Tagen unsere „Helden des Alltags“. Sie geben unserem

PLENARREDE

www.facebook.com/ch.pantazis www.twitter.com/ch_pantazis

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe
Mitglied des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur
Stellv. Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen
Mitglied der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

Land ein menschliches Antlitz und stehen für ein leuchtendes Beispiel gelebter Willkommenskultur. An dieser Stelle möchte ich diesen Helden ein herzliches Dankeschön aussprechen. Danke für Ihre Hilfsbereitschaft, die Respekt verdient und die wir nach Kräften unterstützen werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Flüchtlingsunterkünfte – wie in Salzhemmendorf – angegriffen werden und sich Menschen, die vor Hass und Gewalt geflohen sind, bei uns erneut nicht sicher fühlen können, ist beschämend.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Sicherheitsorganen meinen herzlichen Dank für die zügige Ermittlung der Straftäter aussprechen. Aber auch Ihnen ganz persönlich, Herr Ministerpräsident, für Ihre sofortige Reaktion und ihre Worte vor Ort. Sie haben nicht tagelang geschwiegen, sondern unmittelbar reagiert! Das war ein starkes Signal für ein weltoffenes Niedersachsen, danke!

In Anbetracht der aktuellen Flüchtlingsbewegungen – im Juli und August diesen Jahres stiegen die Zahlen besonders an – hat die Landesregierung ein weiteres starkes Signal gesetzt und entschieden, dem Parlament einen zweiten Nachtragshaushalt mit einem Volumen von rund 300 Millionen Euro vorzuschlagen.

Kernpunkt dieses Nachtragshaushalts soll eine vorzeitige Abschlagszahlung des Jahres 2016 an die Kommunen in Höhe von rund 180 Millionen Euro sein. Damit wird den Kommunen eine weitere Vorfinanzierung erspart und eine erhebliche finanzielle Entlastung geschaffen.

Dieser Vorgang ist einmalig in der Geschichte unseres Landes und zeigt, dass diese Landesregierung beherzt zupackt und sich der aktuellen Herausforderung stellt!

Flankiert werden soll dieser Kernpunkt durch den schnellen Ausbau und die Sanierung von Erstaufnahmeeinrichtungen, die Flüchtlingssozialarbeit und andere Maßnahmen der Flüchtlingshilfe wie der Sprachförderung. Denn das Erlernen der deutschen Sprache stellt einen elementaren Baustein für eine gelungene und nachhaltige Teilhabe von Flüchtlingen in Niedersachsen dar. Deswegen wird mehr Geld für die Sprachförderung in Schulen, aber auch für Erwachsene bereitgestellt.

Das ist ein Gebot der Stunde und Bestandteil der Willkommenskultur, die SPD und Grüne seit dem Regierungswechsel etabliert haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in dieser angespannten Lage ist es wichtig, dass die Dienststellen des Bundes die Asylverfahren schneller bearbeiten. Schnelle Asylverfahren stellen jetzt das A und O dar. Davon hängt alles andere ab, bis hinunter zu den Kommunen. Und hier betone ich nochmals: Hier ist der Bund und sonst niemand gefordert!

Wenn 60.000 Menschen derzeit länger als ein Jahr auf eine Erstentscheidung ihres Verfahrens warten, 12.000 länger als zwei Jahre, und wir 265.000 unerledigte Anträge haben, dann muss sich das ändern!

Zwar will der Bund die Stellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge allein in diesem und

nächstem Jahr um insgesamt 2.000 Stellen erhöhen. Allerdings glaube ich, dass hier eine weitere Aufstockung erforderlich sein wird, um die Fülle der Altfälle zügig aufzuarbeiten. Außerdem müssen die neuen Stellen rasch mit qualifiziertem Personal besetzt werden.

Durch Aufnahme, Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge sind unsere Kommunen aktuell enorm beansprucht. Der Bund hat 2015 seine Unterstützung für diese auf eine Milliarde Euro verdoppelt. Klar ist: Der Bund wird sich stärker an diesen Kosten beteiligen müssen als bisher. Er muss seine Zusage rasch umsetzen und Länder und Kommunen ab 2016 strukturell und dauerhaft unterstützen. Angesichts der prognostizierten Flüchtlingszahlen muss er für eine weitere deutliche Anhebung der Mittel sorgen, die den erhöhten Bedarf angemessen widerspiegelt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen erfährt in den letzten Jahren eine ansteigende Zuwanderung von Menschen aus ganz unterschiedlichen Motiven. Ein Teil sucht Schutz – Andere möchten hier ihre beruflichen Chancen nutzen.

Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, müssen wir auch Perspektiven eröffnen, um das Asylsystem zu entlasten. Denn dieses ist das falsche Verfahren, um die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte in unser Land zu steuern. Dafür bedarf es eines transparenten und modernen Einwanderungsgesetzes.

Ich fordere Sie daher auf, Kollegen Thümmler und Hillmer, lassen Sie Ihren Worten endlich Taten folgen. Setzen Sie sich dafür ein, dass auf Bundesebene noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetzentwurf verabschiedet werden kann!

Was Europa betrifft, ist es schlichtweg eine Schande, dass es ihr immer noch nicht gelungen ist, gemeinsam eine humane, solidarische Flüchtlingspolitik zu entwickeln. Noch immer verweigern sich Mitgliedsstaaten bis heute einer fairen Verteilung von Flüchtlingen. Für uns steht fest: Die ansteigende Zahl flüchtender Menschen ist kein deutsches Problem, sondern vornehmlich ein europäisches. Und wenn Europa nicht seine Glaubwürdigkeit einbüßen will, dann muss es sich – gerade jetzt – als Werte- und Solidargemeinschaft bewähren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Umfeld der heutigen Sondersitzung hat eine Form von Legendenbildung eingesetzt, der ich gern entgegenzutreten möchte. Da wird der Landesregierung Untätigkeit und eine verfehlte Willkommenskultur vorgeworfen und gleichzeitig eine Art Pseudohistorie konstruiert. Ich finde: Ein Blick in die Historie beugt auch dem Versuch einer Legendenbildung vor!

Hatte sich nämlich die abgewählte schwarz-gelbe Landesregierung noch damit gerühmt, die erste Frau mit Migrationshintergrund zur Landesministerin in Deutschland erwählt zu haben, erschöpfte sich die dann folgende Integrationspolitik lediglich in folkloristisch anmutender Fassade – Inhalte und Akzente: Fehlanzeige! Und wenn es denn welche gab, dann wurden diese durch ein restriktiv geführtes Innenministerium gesetzt!

Mit dem Regierungswechsel hat sich Rot-Grün darauf verständigt, sich für ein weltoffenes

Niedersachsen einzusetzen und Vielfalt und Teilhabe zu stärken. Denn mit dem 20. Januar 2013 ist es nicht nur zu einem Wechsel der Landesregierung gekommen, sondern auch zu einem Paradigmenwechsel auf dem Gebiet der Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Seither beweist Rot-Grün, dass man auf diesem Gebiet sehr wohl auf Inhalte und Akzente setzen kann! Wir haben eine restriktiv rein ordnungspolitisch geprägte Migrationspolitik, die zu entsetzlichen Tragödien um überfallartige Abschiebungen im Morgengrauen, zerrissene Familien und zerstörte Lebensentwürfe geführt hat, durch eine auf Teilhabe ausgerichtete Politik ersetzt. Nach leidvollen Erfahrungen üben wir an der Seite der Flüchtlingsverbände, der Kirchen und anderer Initiativen wieder mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, da Sie in Ihrem Antrag „Handeln statt Reden“ einfordern und hierfür ein 10-Punkte-Sofortprogramm vorgelegt haben, darf ich Sie daran erinnern, dass wir unseren Worten sehr wohl auch Taten haben folgen lassen! Hätten Sie einen Blick auf die parlamentarischen Entschlüsse der letzten zweieinhalb Jahre geworfen, hätten Sie feststellen müssen, dass Ihre Forderungen nicht nur Bestandteil bereits laufender parlamentarischer Initiativen sind, sondern vielmehr bereits Beschlüsse des Parlaments darstellen. Ich verstehe ja, dass Sie in der Sondersitzung stattfinden wollen, aber Ihr Antrag ist redundant und überflüssig! Sprichwörtlich: Alter Wein in neuen Schläuchen!

Was das Handeln betrifft, kann ich Sie beruhigen: Denn die Halbzeitbilanz unserer bisher geleisteten Arbeit auf diesem Politikfeld kann sich ressortübergreifend sehen lassen:

- So haben wir die „Leitstellen für Integration“ zu landesweiten „Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe“ weiterentwickelt.
- Zur Stärkung der Willkommenskultur unterstützen wir die landesweit aktiven Migrant*innenorganisationen und die Arbeit des Flüchtlingsrates.
- Wir haben die Härtefallkommission reformiert.
- Wir haben die Residenzpflicht abgeschafft, einen Paradigmenwechsel in der Abschiebepolitik eingeleitet und sind von der diskriminierenden Wertgutscheinpraxis abgekommen.
- Wir fördern die bedarfsgerechte Einführung von Sprachlernklassen für Flüchtlinge und werden diese innerhalb eines Jahres nahezu verzehnfachen.
- Wir investieren künftig knapp 7 Millionen Euro in die Sprachförderung von Flüchtlingen und erleichtern ihnen den Zugang zur Hochschulbildung.
- Wir unterstützen das Aufnahmeprogramm für Frauen aus dem Nordirak und helfen damit Yesidinnen, die Opfer des IS geworden sind.
- Wir fördern das Netzwerk für traumatisierte Flüchtlinge und haben ein psychosoziales Zentrum für die Beratung und Behandlung in Hannover eingeführt.

- Wir haben ein Landesaufnahmeprogramm auf den Weg gebracht und somit für syrische Flüchtlinge eine Regelung zur Übernahme der Kosten für Krankheit gefunden.
- Im Rahmen eines Pilotprojektes wollen wir die Willkommenskultur in den Ausländerbehörden verbessern. Wir haben eine Einbürgerungskampagne gestartet und fordern das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und die Abschaffung des Optionszwangs.
- Wir sichern die medizinische Versorgung von Flüchtlingen, indem wir die Einführung der Gesundheitskarte beschlossen haben und im Rahmen eines Modellprojektes den anonymen Krankenschein an zwei Standorten (Hannover und Göttingen) einführen.
- Die Flüchtlingssozialarbeit haben wir bisher auf 2 Millionen und künftig auf 7 Millionen Euro aufgestockt.
- Wir haben einen niedersächsischen Flüchtlingsgipfel initiiert, bei dem sich Verbände, Vereine, Kirchen, Politik und Regierung gemeinsam verständigt eng zusammenzuarbeiten.
- Zur Entlastung der Kommunen haben wir die Kostenabgeltungspauschale zum 1. Januar 2015 auf 6.195 Euro erhöht. Und die Grundlagen für die Auszahlung von insgesamt 120 bzw. 180 Millionen Euro geschaffen. Und das alles grundsolide finanziert!
- Wir haben die Landesaufnahmekapazität, die sie bei exponentiell steigenden Flüchtlingszahlen zurückgefahren hatten, von ursprünglich 1500 auf derzeit knapp 6.000 offizielle Plätze erweitert. Dank der hervorragenden Vorbereitungen seitens des Innenministeriums, der Polizei und der Hilfsorganisationen können weitere Plätze für mehr als 11.000 Menschen in Notunterkünften geschaffen werden. Erst gestern ist die ehemalige Kaserne Ehra-Lessien im Kreis Gifhorn als weiterer Standort der Erstaufnahme hinzugekommen.

Diese Beispiele aber auch weitere diverse Anträge, belegen eindeutig, dass wir eine Politik auf dem Gebiet der Ausländer- und Flüchtlingspolitik verfolgt haben, die mit Fug und Recht als Paradigmenwechsel bezeichnet werden darf. Uns ist bewusst, dass die Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort immer wieder zu Diskussionen führt. Diesen Debatten muss sich die Politik stellen. So groß die Herausforderungen auch sein mögen – die Wirtschaftslage in Deutschland ist so gut wie lange nicht mehr. Und viel besser als in anderen Ländern und die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung ist enorm groß. Wir sollten daher die Herausforderungen mit Zuversicht anpacken.

Wir schaffen das! Wer, wenn nicht wir?!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!